

LTWP-15 15. Verbundenes Europa – Globale Verantwortung

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.09.2020

Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 15 Europa – Frieden – Eine Welt – Globale Verantwortung

Text

1 Staatsgrenzen sind von Menschen gemacht. In Europa genießen wir es, sie kaum zu
2 spüren, wenn wir reisen, arbeiten, studieren und miteinander in Austausch
3 treten. Aber auch viele drängenden Herausforderungen unserer Zeit wie die
4 Klimakrise machen an den Grenzen nicht Halt. Lösen lassen sie sich nur über alle
5 Grenzen hinweg und gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn. Wir GRÜNE wollen
6 unserer **globalen Verantwortung** gerecht werden und verstehen die Europäische
7 Union als das starke Fundament, auf dem wir eine multilaterale Zusammenarbeit
8 aufbauen und stärken wollen.

9 Mit dem **Green Deal** hat die EU den Rahmen geschaffen, um nicht nur in Rheinland-
10 Pfalz klimaneutral werden zu können, sondern in der gesamten EU. Wir können also
11 innovative Verfahren wie die Herstellung von Grünem Wasserstoff voranbringen und
12 gemeinsam mit unseren Nachbarn weiterentwickeln. Über die EU hinaus verstehen
13 wir uns als **Eine Welt**, die wir mit ihren natürlichen Lebensgrundlagen bewahren
14 wollen. Wir können uns auch gemeinsam für **gerechte, soziale und ökologische**
15 **Regeln in der ganzen Welt** einsetzen. Wenn das Land Rheinland-Pfalz Geld ausgibt,
16 setzen wir auf klare Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung wie
17 beispielsweise die Einhaltung der Menschenrechte sowie soziale und ökologische
18 Standards.

19 Als Partei, deren Wurzeln in der Friedensbewegung liegen, kämpfen wir für ein
20 **atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz** und wenden uns gegen jede Art von Militarismus.
21 Wir sehen **Konversion als Chance**, die wir nutzen wollen, um strukturschwache
22 Regionen zu stärken. Beispielsweise können militärische Liegenschaften
23 bezahlbarem Wohnen zugutekommen oder für den Ausbau der Erneuerbaren Energien
24 genutzt werden.

25 **Europäischer Zusammenhalt als Zukunftsperspektive**

26 Rheinland-Pfalz liegt im Herzen von Europa. Wie stark wir mit unseren
27 Nachbarländern verflochten sind, wurde während des Corona-Lockdowns deutlich.
28 Rund 45.000 Menschen pendeln täglich zwischen Rheinland-Pfalz und Frankreich,
29 Luxemburg und Belgien. Unsere Unternehmen haben 2018 Waren im Wert von 38,6
30 Milliarden Euro in die 27 EU-Staaten exportiert. In unsere Nachbarländer betrug
31 der Export 8,8 Milliarden Euro. Die Frage der Zukunft der Europäischen Union ist
32 eng mit der Zukunft von Rheinland-Pfalz verbunden.

33 Wir brauchen eine gestärkte Europäische Union für ein solidarisches Miteinander.
34 Wir wollen die EU gemeinsam mit den europäischen Bürger*innen perspektivisch zur
35 **Föderalen Europäischen Republik** weiterentwickeln. Damit wollen wir dem stärker
36 werdenden Trend des Nationalismus und der Abschottung entgegenreten. Wir GRÜNE
37 sind für ein **offenes, demokratisches Europa**. Die EU soll einen Rahmen schaffen,

38 in dem das Allgemeinwohl im Fokus steht. Dabei soll das Prinzip der
39 Subsidiarität gelten. Aufgaben und Zuständigkeiten sollen auf der jeweils
40 untersten möglichen Ebene – Kommune, Land, Bund, EU – behandelt werden. Dafür
41 wird sich Rheinland-Pfalz auf europäischer Ebene einsetzen.

42 **Rheinland-Pfalz im Herzen Europas**

43 Es gibt eine immer stärkere Zusammenarbeit in den verschiedenen Regionen
44 Europas. Das betrifft grenzüberschreitende Regionen und strukturell ähnliche
45 Regionen wie zum Beispiel Metropolregionen oder ländliche Räume. Dabei muss
46 keine Region ihre kulturelle Identität verlieren.

47 Europa ist Querschnittsaufgabe in allen landespolitischen Themenfeldern. Dies
48 macht die **Europastrategie des Landes Rheinland-Pfalz** deutlich. Wir werden sie
49 weiterentwickeln mit den grünen Schwerpunkten Klimaschutz, europäischer Green
50 Deal, ökologische Landwirtschaft, **soziales Europa**, Migration, Bürgerrechte und
51 Parität.

52 Die EU wurde als **Friedensprojekt** gegründet und hat uns seit 75 Jahren innerhalb
53 ihrer Grenzen auch Frieden garantiert. Diese Aufgabe wollen wir stärken. Der
54 europäische Binnenmarkt ist mit seinen vier Grundfreiheiten eine große
55 Errungenschaft, die durch die Folgen des Brexit nicht geschwächt werden darf.

56 Wir wollen Rheinland-Pfalz mit seinen Grenzräumen (Großregion, Oberrhein)
57 positiv vernetzen und dabei die Themen Arbeit, Tourismus, nachhaltige
58 Entwicklung, Verkehr, Wissenschaft/Forschung, Landesplanung, Umwelt,
59 Energiewende, Gesundheit und Berufliche Bildung gemeinsam bearbeiten. Die
60 bestehenden Programme in Grenzregionen mit Belgien, Luxemburg und Frankreich
61 wollen wir verlängern und neue Partnerschaften aufbauen. Zudem wollen wir das
62 Vierernetzwerk zwischen Rheinland-Pfalz und den Regionen Burgund (Frankreich),
63 Opoln (Polen) und Mittelböhmen (Tschechien) weiter ausbauen und fördern.

64 Die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit**, mit Notärzt*innen
65 und in der Krankenversorgung, wollen wir ausbauen und abgestimmte Katastrophen-
66 und Epidemiepläne aufstellen. Auch die Zusammenarbeit und Übungen sowie
67 Unterstützungs- und Trainings-Einsätze – von rheinland-pfälzischen
68 Einsatzkräften aus Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz bei
69 Notlagen – werden wir mit anderen europäischen Staaten intensivieren. Einen
70 stärkeren Austausch wollen wir auch durch Hospitationen von Mitarbeiter*innen
71 äquivalenter Landes- und Kommunalbehörden in den Nachbarstaaten fördern. Der
72 Wert, den wir der europäischen Gemeinschaft beimessen, muss sich auch in der
73 **Investition in europäische Bildung** zeigen. Deshalb möchten wir **Partnerschaften**
74 **und Austauschprogramme** zwischen Schulen und Hochschulen sowie bi- und
75 multinationale Kitas, Schulen und Hochschulend fördern.

76 Mit dem neuen EU-Haushalt für 2021-2027 wollen wir uns weiter für eine **starke**
77 **Strukturpolitik** der EU mit den europäischen Strukturfonds einsetzen. Für die
78 Entwicklung der strukturschwachen Landesteile in Rheinland-Pfalz sind die Mittel
79 des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen
80 Sozialfonds (ESF) sowie des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die
81 Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) von großer Relevanz. Diese wollen wir im
82 Sinne des europäischen Green Deal **sozial und ökologisch** ausrichten.

83 **Unsere Eine Welt**

84 In Deutschland und Rheinland-Pfalz tragen wir eine Verantwortung für die
 85 **Gesundheit** und das **Wohlergehen** der Menschen in anderen Ländern der Welt. Wenn es
 86 den Menschen dort gut geht, wo sie leben, müssen sie nicht vor **Krieg, Hunger**
 87 **oder Klimaveränderung** zu uns nach Rheinland-Pfalz flüchten.

88 Solidarität über Grenzen hinweg ist im Angesicht von globalen Krisen besonders
 89 wichtig. Für uns ist es ein wichtiges Zeichen, dass Rheinland-Pfalz diese
 90 Solidarität gezeigt hat, als es in unseren Nachbarstaaten besonders dramatisch
 91 wurde. Wir haben darauf hingewirkt, dass Hilfe geleistet wurde an Schwerkranken
 92 Corona-Patienten aus Italien und Frankreich und diese in rheinland-pfälzischen
 93 Kliniken aufgenommen und versorgt wurden. Diesen Geist an praktischer
 94 Solidarität möchten wir weiter fördern, nur so können wir gemeinsam
 95 Herausforderungen überwinden.

96 **Auftragsvergabe sozial und ökologisch**

97 Um dem Anspruch „**global denken – lokal handeln**“ gerecht zu werden, muss die
 98 **öffentliche Beschaffung** von Land und Kommunen auf soziale, ökologische Kriterien
 99 umstellen. Als große Auftraggeberin hat das Land Rheinland-Pfalz eine enorme
 100 Marktmacht und Vorbildrolle bei der Auftragsvergabe. Wir setzen uns deshalb für
 101 eine gesetzliche Regelung ein, die alle öffentlichen Beschaffungsstellen in
 102 Rheinland-Pfalz verpflichtet, **ökologische und soziale Kriterien und die**
 103 **Menschenrechte zu berücksichtigen**. Verstöße sollen sanktioniert werden. Die
 104 öffentlichen Beschaffungsstellen haben dafür zu stehen, dass Arbeits- und
 105 Menschenrechte eingehalten werden. **Tariftreue, gute Arbeit und ökologische**
 106 **Standards** müssen eine Rolle spielen. Um dies zu gewährleisten, wollen wir die
 107 Mitarbeiter*innen in den Beschaffungsstellen des Landes und der Kommunen
 108 angemessen **fachlich schulen**. In der Landesverwaltung wollen wir eine
 109 **Koordinationsstelle öko-soziale Beschaffung** für Beratung und Überwachung
 110 einsetzen.

111 **Partnerschaften nachhaltig und sozial gestalten**

112 Der Austausch mit Partnerschaften des Landes basiert auf Augenhöhe, dabei lassen
 113 wir uns von **friedenspolitischen und Eine Welt-Prinzipien** leiten. Wir möchten
 114 unsere Partnerschaften und Kooperationen ausbauen und zusätzlich mehr
 115 nachhaltige, soziale und friedliche Projekte fördern. Mittelständische,
 116 ökologische oder soziale Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen
 117 beziehen wir mit ein, genauso wie das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk
 118 (ELAN e.V.).

119 Technologie, Forschung- und Wissensvorsprünge des Landes sollen in
 120 internationalen partnerschaftlichen Kooperationen genutzt werden. Die
 121 Dienstleistungszentren Ländlicher Raum können für entwicklungspolitische
 122 Beratung eingesetzt werden.

123 Mit Sorge beobachten wir die institutionell zunehmende LSBT*IQ-Feindlichkeit in
 124 Polen und Ruanda.

125 **Fonds für politisch Verfolgte**

126 Durch die Gründung eines rheinland-pfälzischen Fonds für politisch Verfolgte
 127 wollen wir in Rheinland-Pfalz einen konkreten Beitrag leisten, um
 128 **Menschenrechtsverteidiger*innen zu schützen**. Wir wollen ihnen einen temporären
 129 sicheren Hafen in Deutschland ermöglichen und sie bei der Vernetzungsarbeit
 130 unterstützen. Es muss ein internationales Netzwerk geben, das sie schützt, wenn

131 sie zurückkehren und ihre Menschenrechtsarbeit zu Hause fortsetzen. Wir wünschen
132 uns, dass die*der Ministerpräsident*in des Landes Rheinland-Pfalz die
133 Schirmherrschaft über diesen Fonds übernimmt.

134 **Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda**

135 Seit fast 40 Jahren besteht eine intensive Partnerschaft von Rheinland-Pfalz mit
136 Ruanda. Die Graswurzelpartnerschaft mit dem afrikanischen **Partnerland Ruanda** ist
137 für uns ein zentraler Bestandteil unserer Außenbeziehungen. Wir wollen diese
138 Partnerschaft mit ihren zahlreichen Initiativen weiter ausbauen und stärken. Es
139 sollen mehr junge Menschen Lust bekommen, sich für dieses lohnende Projekt zu
140 **engagieren**.

141 Die Partnerschaft findet auf Augenhöhe statt. Wichtige Schwerpunkte sind die
142 Themen Wirtschaftsaustausch, Erneuerbare Energien, Nationalparkpartnerschaft,
143 touristische Ausrichtung, Bildung und Projekte im Bereich
144 Barrierefreiheit/Inklusion.

145 Wir GRÜNE haben immer den Dialog gesucht und eine Grundsatzvereinbarung mit der
146 einzigen anerkannten Oppositionspartei, der Demokratischen Grünen Partei
147 **Ruandas**, abgeschlossen. Aus unserer Sicht müssen sich **Demokratie und**
148 **Rechtsstaatlichkeit in Ruanda** weiterentwickeln. Wir werden uns weiter für die
149 Unterstützung ruandischer Menschenrechtsinitiativen und einen
150 **Menschenrechtsdialog** mit der ruandischen Regierung einsetzen.

151 **Frieden erhalten – Konversion als Chance**

152 **Seit 75 Jahren leben wir in Rheinland-Pfalz in Frieden.** Im Kalten Krieg wurde
153 das Land stark militärisch geprägt und bekannt als „Flugzeugträger der NATO“.
154 Noch heute sind zahlreiche Militärstützpunkte der USA, der Bundeswehr und der
155 NATO in rheinland-pfälzischen Kommunen angesiedelt. Dies ist neben einigen
156 Vorteilen auch mit vielen Belastungen verbunden. Wir GRÜNE stehen für **Abrüstung,**
157 **Rüstungskontrolle und eine aktive Friedenspolitik.** Wir wollen, dass von
158 rheinland-pfälzischem Boden kein Krieg, sondern **Frieden** ausgeht.

159 Deshalb haben wir die **Gründung der Friedensakademie Rheinland-Pfalz** unterstützt.
160 Inzwischen ist sie anerkannt als Denkfabrik, Schnittstelleninstitution und
161 Leuchtturm in der Wissenschaftslandschaft. Wir wollen sie durch eine Erhöhung
162 der finanziellen Mittel stärken und ihre eigene **Fortbildungsstätte** fördern.
163 Zusätzlich setzen wir uns für eine Plattform ein, die alle friedenspolitischen
164 Aktivitäten und Maßnahmen in Rheinland-Pfalz und Deutschland sammelt und
165 vernetzt.

166 Für uns GRÜNE ist nach wie vor die aktive Friedenspolitik maßgeblicher Antrieb
167 unseres politischen und gesellschaftlichen Handelns. Wir haben uns immer für
168 Abrüstung und Frieden eingesetzt – und das wird auch so bleiben. Gerade deshalb
169 können wir Konversion als Chance begreifen, für bezahlbares Wohnen, die
170 Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten sowie die Ansiedlung von
171 Erneuerbaren Energien und damit Alternativen zu militärischen Nutzungen zu
172 entwickeln.

173 Eine kritische Haltung zur Präsenz von US-Truppen hat uns GRÜNE in Rheinland-
174 Pfalz geprägt. Die nun angekündigte Verlagerung militärischer Einheiten
175 innerhalb Europas und der Abzug von Truppenteilen sind jedoch kein Beitrag zu
176 einer verantwortungsvollen Friedens- und Sicherheitspolitik. Mit der
177 angekündigten Verlegung von Soldaten nach Polen stellen die USA die NATO-

178 Russland-Grundakte in Frage, die substanzielle und dauerhafte Stationierungen
179 ausschließt. Europa wird weder friedlicher noch sicherer, wenn US-Truppen
180 dauerhaft östlich von Deutschland stationiert werden oder wenn eine
181 Kampfjetstaffel an einen neuen Standort in Italien verlegt würde.

182 Eine mit vielen Ungewissheiten verbundene Umsetzung der angekündigten
183 Verlagerung von US-Truppen würde für Rheinland-Pfalz wirtschafts- und
184 arbeitsmarktpolitische Herausforderungen mit sich bringen. Zur Bewältigung
185 braucht es die Beteiligung aller betroffenen Akteur*innen und kluge Konzepte für
186 die Umnutzung möglicherweise freiwerdender Militärareale.

187 Das Oberverwaltungsgericht Münster hat 2019 festgestellt, dass die USA über die
188 Airbase Ramstein bewaffnete Drohneneinsätze im Jemen und in anderen Regionen
189 vornehme. Die Bundesregierung müsse offenkundigen Hinweisen nachgehen, wonach
190 diese Einsätze gegen das Völkerrecht verstoßen. Wir fordern, dass die
191 Bundesregierung dieser Aufforderung umgehend nachkommt und im Rahmen ihrer
192 Möglichkeiten das deutsche und internationale Recht durchsetzt. Die
193 Landesregierung und Mittelbehörden müssen bei anstehenden Genehmigungsverfahren
194 der Frage nach der **Rechtskonformität** Gewicht zumessen.

195 Die Nutzung von TRA Lauter (Temporary Reserved Airspace, Luftübungsraum bei
196 Kaiserslautern) ist im Vergleich zu anderen Übungsräumen in Deutschland weit
197 überdurchschnittlich. Durch den militärischen Flugübungsraum sind viele
198 Bürger*innen von Rheinland-Pfalz von **massivem militärischem Fluglärm** belastet.
199 Wir setzen uns dafür ein, dass der Übungsflugbetrieb in der TRA Lauter auf das
200 absolute Minimum beschränkt wird.

201 **Atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz**

202 Nach wie vor lagern auf dem Fliegerhorst Büchel US-amerikanische Atomwaffen, die
203 für uns in Rheinland-Pfalz eine ständige Gefahr darstellen. Wir fordern den
204 **Abzug und die Vernichtung dieser Atomwaffen**. Wir setzen uns für die weltweite
205 Ächtung aller Atomwaffen ein und rufen die Bundesregierung auf, den
206 Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Als ersten Schritt kämpfen wir für
207 die Vernichtung aller taktischen Nuklearwaffen in Europa und wollen in diesem
208 Rahmen die Nukleare Teilhabe der NATO beenden.

209 **Friedensbildung**

210 Schule darf kein Ort für militärische Rekrutierung oder einseitigen
211 Beeinflussung sein. Wir wollen sicherstellen, dass Friedens- und
212 sicherheitspolitische Themen im Unterricht ausgewogen und nicht ausschließlich
213 mit Angehörigen der Bundeswehr, sondern immer auch mit anderen **Akteuren der**
214 **Friedensbildung** behandelt werden. Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem
215 Bildungsministerium und der Bundeswehr wollen wir daher kündigen. Im Rahmen der
216 Lehramtsstudiengänge soll die Friedensakademie Angebote an zukünftige
217 Lehrer*innen machen, wie Themen der Friedens- und Sicherheitspolitik im
218 Unterricht ausgewogen behandelt werden können. Die Schulen können mit anderen
219 Akteuren kooperieren, die explizit **zivile und gewaltfreie Ansätze** vertreten, wir
220 möchten diese unterstützen. Wir wollen die **Menschenrechtsbildung fördern** und
221 dazu Modellprojekte für die Konzeption und die pädagogische Arbeit in Schule
222 vergeben.